

Grußwort Neueröffnung Ausstellung Gedenkstätte Alte Pathologie Wehnen

Fragt man junge Deutsche nach Tätern, Opfern und Orten der NS-Verbrechen, dann werden häufig drei Stereotypen genannt:

1. Opfer waren vor allem Juden.
2. Täter waren die SS-Angehörigen
3. Die Taten fanden in Konzentrations- und Vernichtungslagern statt, die im diffusen Osten oder hinter Wäldern und Bergen versteckt verortet werden (Auschwitz als Synonym der NS-Verbrechen)

Tatsächlich jedoch war die NS-Ausgrenzungs-, Verfolgungs- und Mordpolitik sehr viel umfassender und umfasste alle Bereiche der Gesellschaft: Politik, Verwaltung, Polizei, Militär, Justiz, Wissenschaft, Schulen, Kultur, Kirchen und eben auch Fürsorge und Medizin – und das im Wechselverhältnis von staatlicher Regelung und Normensetzung einerseits und Ermächtigung zum Handeln und damit auch zur Selbstermächtigung und Selbstmobilisierung andererseits. Den Sozialpolitikern, Mitarbeiter/innen von Fürsorge- und Gesundheitsämtern sowie dem Pflegepersonal und Medizinern wurde die Mitwirkung an NS-Verbrechen nicht befohlen, sondern sie wurden von ihnen eigeninitiativ geplant und umgesetzt.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Geschichte der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen, betrieben vom Landesfürsorgeverband Oldenburg. Seit 1934 begann hier die Sterblichkeit unter den Patienten deutlich anzusteigen. Bis 1936 verdoppelte sie sich, 1940 erreichte sie das Dreifache und 1945 schließlich das sechsfache ihres früheren Wertes. Insgesamt fielen dem oldenburgischen Krankenmord etwa 1500 Menschen zum Opfer, viele davon zu einem Zeitpunkt, als die nationalsozialistische Euthanasie noch gar nicht angelaufen war, was Ingo Harms zu der korrekten Feststellung führt, „dass die Gesundheitsbehörden und Ärzte des Landes Oldenburg dem Geschehen um mehr als drei Jahre vorausgeeilt sind“.

Im Land Oldenburg gab es keine Krankenmorde in Gaskammern wie in Hadamar, Bernburg oder Hartheim. Und es wurden von hier aus auch

keine Kranken an diese Orte ausgeliefert – weil man in Wehnen einen anderen Weg beschritt: Neben der zentralstaatlich organisierten „Aktion T4“ und den anschließenden Gasmorden entwickelten Ärzte, Behörden und Pfleger hier eine dritte Form des Krankentodes: Die Tötung durch systematische Vernachlässigung und Unterernährung: Hungertod, der insbesondere Kranke und Arbeitsunfähige betraf, die aus anderen Einrichtungen in Oldenburg und Bremen nach Wehnen überstellt worden waren – etwa aus dem Kloster Blankenburg und anderen nahe gelegenen Anstalten, aber auch aus Strafanstalten, Wehrmachtslazaretten, Altersheimen und Zwangsarbeiterlagern, die nicht mehr Arbeitsfähig (unnötige Esser“) nach Wehnen abschoben.

Viele Tote wurden auf dem benachbarten Friedhof der Gemeinde Ofen bestattet. Ich muss bekennen, dass ich erschüttert war, als ich im Mai diesen Jahres erstmals die Gedenkstätte hier in Wehnen besuchte und man mir das eingeebnete Gräberfeld auf dem Friedhof zeigte. Die Einebnung geschah nicht in den 1950er Jahren, wie man es von vielen Friedhöfen mit Gräbern von NS-Opfern kennt, sondern erst Mitte der 1990er Jahre. Rechtlich mag das korrekt gewesen sein, schließlich handelt es sich formal nicht um Kriegsgräber, wie etwa im Fall der benachbarten Gräber zu Tode gekommener ausländischer Zwangsarbeiter. Moralisch und ethisch aber halte ich ein solches Vorgehen für verwerflich und für verantwortungslos. Dass man später wenigstens einen Teil des früheren Gräberfeldes als symbolische Grabfläche der im Wehner Krankentod Verstorbenen kennzeichnete und auch ein Denkmal errichtete, ist dem Wirken engagierter Einzelpersonen zu danken, darunter vielen Angehörigen Getöteter, die sich später im Gedenkkreis Wehnen e.V. zusammenfanden.

Seit nun etwa 20 Jahren wirken Angehörige und Vereinsmitglieder im Sinne einer kritischen Auseinandersetzung mit der Ortsgeschichte. Sie haben dazu beigetragen, dass an die Stelle von Verdrängung, Leugnung und Verharmlosung Anerkennung und Würdigung der Opfer getreten sind. Dazu hat auch die Leitung der Karl-Jaspers-Klinik aktiv beigetragen, die dem Verein 2004 mit der „Alten Pathologie“ unentgeltlich historische Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hat, die in besonders eindringlicher Weise auf die hier begangenen Verbrechen verweisen.

Auch in die Ausbildung von Pfleger/innen durch die Klinik ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes im Nationalsozialismus und damit übergreifend mit dem Thema der ethischen Verantwortung des ärztlichen und des Pflegepersonals seither ein fester Bestandteil.

Allen Beteiligten möchte ich seitens der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten für dieses Engagement sehr herzlich danken. Dass die Klinikleitung bzw. ihr Aufsichtsrat sich gegen den Um- oder Neubau zusätzlicher Räumlichkeiten für die Gedenkstättenarbeit auf dem Klinikgelände ausgesprochen hat, haben wir soeben gehört. Ich bedaure das sehr. Vielleicht gibt es ja doch noch eine Möglichkeit, neue Räumlichkeiten zu schaffen, um der beengten Situation in der Alten Pathologie entgegenzuwirken. In jedem Fall möchte ich unterstreichen, dass sich die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten zukünftig stärker in Wehnen engagieren möchte, mit inhaltlicher Expertise, aber auch finanziell. Regionale Komplementärmittel und eine tragfähige Konzeption für die Gedenkstättenarbeit vorausgesetzt, stehen in den kommenden Jahren Projektmittel der Stiftung in sechsstelliger Höhe bereit.

Sehr geehrte Damen und Herren, Millionen Menschen wurden Opfer der NS-Verfolgungs- und Mordpolitik: Juden, Sinti und Roma, als „asozial“ oder „kriminell“ Gebrandmarkte, politische Gegner und Widerstandskämpfer aus allen Teilen Europas, die in Konzentrationslager eingewiesen wurden, Insassen von Zuchthäusern und Strafanstalten, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter/innen, Kranke und Behinderte.

Erst die Gesamtsicht offenbart den spezifischen Charakter der NS-Verbrechen: Sie kamen aus der Mitte der Gesellschaft, einer extrem rassistischen Gesellschaft, die von den Nationalsozialisten als „Volksgemeinschaft“ propagiert wurde, die sich vor allem darüber definierte, wer nicht dazu gehörte: die „Gemeinschaftsfremden“, wie die Nazis sie nannten.

„Gemeinschaftsfremde“ und „unwertes Leben“ – was sind das eigentlich für Begriffe, und welches Gesellschafts- und Menschenbild transportieren sie? Und ist das alles so weit von unserem heutigen Leben entfernt?

Solche Fragen und die Erkenntnis, dass die Verbrechen eben nicht nur im fernen „Osten“ oder hinter Wäldern und Bergen versteckt begangen wurden, sondern im wahrsten Sinne des Wortes vor der eigenen Haustür, gerade hier in Wehnen, all das verstört, und es verlangt nach Antworten.

Und damit komme ich zum Kern dessen, was ich mir unter Erinnerungskultur vorstelle. Es geht nicht um historisch entleerte Pietät, um das unterschiedslose Beweinen der Toten des letzten Jahrhunderts, wie es zunehmend en vogue ist. Stattdessen geht es um die historische Einbettung des konkreten Geschehens, dessen gedacht wird. Und damit geht es um eine wache Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen der NS-Verbrechen – und das, ohne die Opfer für aktuelle politische Zielsetzungen zu instrumentalisieren.

Nicht Affirmation oder Appellation, sondern Reflexion sollte im Mittelpunkt des heutigen Umgangs mit der NS-Geschichte stehen. Zum Nachdenken und ethisch fundierten Handeln anzuregen, das sollte auch im Mittelpunkt von Gedenktagen wie dem heutigen. Es geht um selbstbestimmte Reflexion der Vergangenheit und darum, historisches Urteilsvermögen zu lernen.

Für die Arbeit in den Schulen und Gedenkstätten bedeutet das, dass nicht einfache Antworten gegeben werden und auch keine simple Heilsgeschichte präsentiert wird, nach dem Motto: Aus dem Bösen wird das Gute, und heute sind wir am glücklichen Ende der Geschichte angekommen. Nein, es geht darum, Fragen aufzuwerfen: Wer hat etwas getan, warum hat er es getan, welche Folgen hatte das für die Opfer, wer waren die Opfer, in welchem Kontext geschahen die Verbrechen?

Mit der differenzierten Auseinandersetzung der Täter- und Mittäterschaft und deren vielfach auch heute noch wirksamen Motivationsstruktur sollten wir ohne den erhobenen Zeigefinger ermuntert werden, selbstkritisch unsere eigene politische, ethische und soziale Haltung im heutigen Leben zu hinterfragen. Damit ist der immer wieder geforderte Aktualitätsbezug hergestellt, ohne durch letztlich ahistorische Vergleiche der NS-Verbrechen etwa mit dem Völkermord in Ruanda die NS-

Verbrechen zu relativieren. Und schließlich ist damit auch die Frage beantwortet, die sich viele Menschen in Deutschland, vor allem die jüngeren, immer wieder stellen: Was geht uns heute, nach fast 70 Jahren, eigentlich noch die Geschichte der NS-Verbrechen und ihrer Opfer an?

Eine solche aktive, kritische, gegenwartsbezogene und handlungsorientierte Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ist mühsamer als das unterschiedslose Beweinen der Toten des 20. Jahrhunderts oder der Konsum hohler Pathosformeln. Aber sie lohnt sich – nicht nur heute, sondern auch an den übrigen 364 Tagen im Jahr, und nicht nur in den Gedenkstätten, sondern überall: in Schulen, in Behörden, Betrieben und auch in den Krankenhäusern, Altenheimen und in der Pflege. Es liegt an uns allen, daran mitzuwirken.